



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Einrichtung eines Kompetenzzentrums für klimaneutrale Wärmeerzeugung in Schleswig-Holstein“ (Drucksache 20/573)

Einrichtung einer Landesinfrastrukturgesellschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Landesinfrastrukturgesellschaft zu gründen. Sie soll die Wärmewende in Schleswig-Holstein operativ vorantreiben. Ihre Aufgaben sind die bedarfsgerechte Unterstützung der Kommunen im Zusammenhang mit Planung, Projektierung, Umsetzung und Betrieb der für die Wärmewende erforderlichen Infrastrukturen. Dabei geht es insbesondere um Wärmenetze und Wärmeerzeugungseinheiten.

Als ein „Stadtwerk des Landes“ geht die Landesinfrastrukturgesellschaft dort in die Verantwortung, wo keine privatwirtschaftliche oder kommunale Lösung gefunden werden kann. Je nach örtlicher Situation kann sie Beratung, Planung, Bau oder auch Betrieb von Wärmenetzen übernehmen.

Zum Aufgabenfeld der Landesinfrastrukturgesellschaft gehören:

- Beratungsleistungen und eigene Ausführung oder Steuerung der Ausführung durch Dritte im Zusammenhang mit erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen und Erlaubnissen
- Projektbezogene Leistungen wie Projektsteuerung oder Projektcontrolling, inklusive der Durchführung von entsprechenden Ausschreibungen
- Beratungsleistungen und eigene Durchführung oder Steuerung der Ausführung durch Dritte im Zusammenhang mit der Planung der Vorhaben

- Beratungsleistungen und eigene Ausführung oder Steuerung der Ausführungen durch Dritte im Zusammenhang mit der Umsetzung und dem Bau der Vorhaben
- Finanzierung oder Strukturierung der Finanzierung im Zusammenhang mit den vorbenannten Aufgaben, wobei die Finanzierung als Investition entsprechenden Mittelrückflüssen unter Berücksichtigung weiterer Finanzierungsquellen von Seiten des Bundes, der Europäischen Union oder der Kommune voraussetzt.

Die Landesinfrastrukturgesellschaft soll darüber hinaus die Wärmewende der Industrie in Schleswig-Holstein fachlich begleiten, den Fortschritt der Wärmewende in Schleswig-Holstein überprüfen und darüber regelmäßig Bericht erstatten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Landesinfrastrukturgesellschaft zur Erfüllung der vorbenannten Aufgaben mit ausreichendem Personal und Kapital auszustatten.

Begründung:

Die Wärmewende ist eine große Aufgabe. Sie ist Voraussetzung für eine sozial gerechte, nachhaltige, preis- und zukunftsfeste Klimatransformation.

Eine alleinige Übertragung der Verantwortung für die Wärmewende auf Kommunen wird den Anforderungen an eine Wärmewende in Schleswig-Holstein nicht gerecht. Denn viele Städte und Gemeinden und ihre ehrenamtlichen Entscheiderinnen und Entscheider werden angesichts der Komplexität der Aufgaben, Optionen und erforderlichen Entscheidungen an die Grenze des Machbaren stoßen. Das ist bereits heute in vielen Regionen der Fall. Deshalb bedarf es eines starken Partners auf Landesebene, der in der Lage ist, bedarfsgerecht umfassende Leistungspakete im Zusammenhang mit der Wärmewende für die jeweiligen Gemeinden anzubieten.

Diese Leistungsangebote müssen von der Planung bis zur Umsetzung – beispielsweise beim Bau von Wärmenetzen – reichen. Die Bereitstellung der Finanzierung stellt hierbei ein Investment dar, das über den Betrieb der Wärmeinfrastruktur refinanziert werden kann. Dabei geht es nicht um die Erzielung von Gewinnen. Denn die sichere und bezahlbare Wärmeversorgung ist ein zentraler Baustein der öffentlichen Daseinsvorsorge. Darüber hinaus kann die Infrastrukturgesellschaft weitere Fördermöglichkeiten von Seiten des Bundes und der Europäischen Union optimal ausnutzen.

Die Landesinfrastruktur ist beratender Partner für die Unternehmen auf ihrem Weg zur Dekarbonisierung ihrer wärmebezogenen Prozesse. Sie plant und koordiniert den Fortgang der Wärmewende bis zur vollständigen Umsetzung in Schleswig-Holstein. Die Zeit ist knapp. Deshalb muss das Land der Motor der Wärmewende sein. Die Landesregierung muss sich ihrer politischen Verantwortung für eine nachhaltige sowie sozial gerechte Wärmeversorgung jetzt stellen.

Marc Timmer und Fraktion